

SOZIALISMUS



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 7 • 37. Jahrgang

Berlin, den 14. Februar 1931

Mitteilung des Verbandsvorstandes Auswahl

In der Zahlstelle Stuttgart ist die Stelle des Ortskassierers neu zu besetzen.

Nach § 15 Ziffer 14 des Verbandsstatuts wird hiermit die freigewordene Stelle zur Bewerbung ausgeschrieben. An der Bewerbung können sich nur Verbandsmitglieder beteiligen; die mindestens fünf Jahre unserm Verbands angehören, organisatorische und agitatorische Erfahrungen besitzen sowie über rechnerische, schriftliche und rednerische Fähigkeiten verfügen.

Handschriftliche Bewerbungen mit Angabe der bisherigen beruflichen und organisatorischen Tätigkeit und des Familienstandes, unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Aufsatzes über „Die Aufgaben eines Gewerkschaftsangehörigen“, sind bis 28. Februar 1931 an den Verbandsvorstand zu richten. Ein von der Ortsverwaltung des Bewerbers auszustellender Mitgliedschaftsausweis ist der Bewerbung beizufügen.

Die Bewerber haben sich nach § 15 Ziffer 13 des Verbandsstatuts einer Urwahl zu unterziehen.

Der Verbandsvorstand
J. A.: E. P u c h e r.

Der Lohnraub im Buchdruckgewerbe

Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe haben nun endlich erreicht, worauf sie seit Monaten hingearbeitet haben. Die unparteiischen Schlichter sind ihnen gefällig gewesen und haben auf einen rund 6prozentigen Lohnabbau des Tariflohns im Buchdruckgewerbe erkannt. Damit soll nun der großen Not im Gewerbe, die die Unternehmer immer wieder betonen, gesteuert sein, und glückliche Tage werden anheben, so daß bei Unternehmern und Arbeitern große Freude einkehren wird. Vorläufig freuen sich allein nur die Unternehmer, sie haben das Recht, die Tariflöhne um 6 Proz. zu kürzen, ohne dafür eine Gegenleistung erfüllen zu müssen. Die Arbeiter haben das Recht, mit einem niedrigeren Lohn auszukommen oder auch nicht, das steht ganz in ihrem Belieben. Wie sie das bei dem geradezu ungeheuerlichen um sich greifenden „Preisabbau“ fertig kriegen, ist nicht Sache der Unternehmer oder eines Unparteiischen oder gar des Arbeitsministers, der sich für die Lohnherabsetzung zusammen mit seinem Kollegen Reichskanzler so warm eingesetzt hat und der den Schiedsspruch wahrscheinlich verbindlich erklären wird.

Der Schiedsspruch ist mit den Stimmen der Unternehmer angenommen worden, die Vertretung der Prinzipale hat ebenfalls zugestimmt, obwohl sie mit der Lohnkürzung, wie die „Zeitschrift“ mitteilt, nicht zufrieden sind. Wir glauben das gerne, ein Unternehmer kann nie genug kriegen, auch 10 Proz. würden ihm noch zu wenig sein. Die Entlastung der Produktionskosten durch Senkung der Löhne und Gehälter wird ihm nie weit genug gehen, und wir möchten einmal sehen, was für Löhne im Buchdruckgewerbe freiwillig von den Unternehmern gezahlt würden, wenn es keine oder nur schwache Organisationen gäbe.

In seiner Begründung meint Professor Brahn, die große Arbeitslosigkeit im deutschen Buchdruckgewerbe zeige ihm deutlich genug, daß es dem Gewerbe nicht gerade sehr gut gehe und eine Erleichterung in der Lohnfrage wünschenswert erscheine. Der Herr Vorsitzende überfiel dabei ganz die Hauptursache der großen Arbeitslosigkeit, die nicht in erster Linie zurückzuführen ist auf die schlechte Wirtschaftslage, sondern begründet ist in der Kräfte- und rücksichtslosen Rationalisierung und Technisierung der Betriebe, die Tausende von Buchdruckereiarbeitern überflüssig gemacht haben. Mit der traurigen Wirtschaftslage dieser großen Schicht, die seit Monaten auf Beschäftigung wartet und fast verzweifelt, und der noch beschäftigten Arbeiter, denen er den Brottorb icht höher achänat hat, haben

sich die Unparteiischen anscheinend nicht befaßt, sonst hätten sie nämlich zu einer anderen Entscheidung kommen und auf den Antrag der Gewerkschaften eingehen müssen, den sie aus formalrechtlichen Gründen abgelehnt haben. Diese „gerechte Lösung zwischen den Parteien“, so drückte sich Professor Brahn aus, ist bitteres Unrecht gegen die Arbeiter und ein besonderes Geschehen an die Unternehmer, die sich bei ihrem Appetit damit nicht begnügen werden, wenn ihnen die Arbeiter nicht ganz gehörig den Mund stopfen.

Seit Monaten werden in allen Berufen die Löhne mit amtlicher Hilfe gesenkt, mit dem Berliner Schiedsspruch in der Metallindustrie fing es an, sie wurden gesenkt, weil ein großer Preisabbau folgen sollte, der noch heute auf sich warten läßt. Nur die Unternehmer merken etwas davon und jagen wie gelehrige Papageien täglich ein dutzendmal die Indeziffern her, die „bemeisen“ es nämlich haarscharf, wie „billig“ alles geworden ist, was der Arbeiter zum Leben gebraucht. Weiter werden sie wahrscheinlich auch nichts merken, aber das genügt ihnen, um ihre Forderungen „begründen“ zu können. Außerdem erfolgt seit Monaten eine Herabsetzung der Löhne in allen Berufen, weil die Produktionskosten vermindert werden sollen, um so die faule Wirtschaft schnell in Gang zu bringen. So und nun die Erfolge.

Von Tag zu Tag vermehrt sich die Zahl der Arbeitslosen, wird die Wirtschaftslage immer schwieriger, ist nirgendwo ein Hoffnungsschimmer zu sehen, der noch in Arbeit stehende Kollege hat ständig Krach zu Hause, weil Frau oder Mutter nicht weiß, wie sie den Haushalt mit dem gekürzten Wirtschaftsgeid bestreiten soll, und unsere Unternehmer freuen sich, den Weg gefunden zu haben, wie wir aus dem Dreck herauskommen, in den wir mit ihrer gütigen Hilfe immer tiefer hineingeraten. Sie haben nur eine Sorge, der Lohnraub ist ihnen nicht groß genug. Nichts, aber auch nichts, was die sogenannten Wirtschaftsführer und ihre Helfer in der Regierung prophetisch verkünden, ist in Erfüllung gegangen, und trotzdem fallen amtlidie Schlichter Tag für Tag neue Entscheidungen, die Lohnherabsetzung bringen, beeilt sich Dr. Stegerwald, die Unternehmer umgehend mit einer Verbindlichserklärung zu bedienen. Und diesen ganzen wirtschaftlichen Unsinn nennen diese klugen Leute Maßnahmen zur Rettung und Gesundung der Wirtschaft und tun mächtig erstaunt, wenn ihnen die Arbeiter sagen, daß sie volkswirtschaftliche Quacksalber sind. Auf die Forderungen der Arbeiterschaft geben die Herrschaften nicht ein, mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, die den Arbeitern schwere Opfer auferlegt, können sie nämlich kein besonderes Geschäft machen, und das ist doch nur ihres Lebens Inhalt und Sinn. Dabei rechnen sie noch falsch in ihrer Verbohrtheit, denn sie fügen den Ist ab, auf dem sie sitzen. Aber ihr Haß gegen Arbeiter und Gewerkschaften macht sie blind für die Folgen, läßt sie unklug handeln.

Wir können schon heute den Unternehmern im Buchdruckgewerbe in aller Ruhe mitteilen, daß sie an dem Schiedsspruch keine reine Freude haben werden. Die Arbeiterseite hat ihn abgelehnt und wird bei der Ablehnung bleiben. Wir wissen nicht, was die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die der von den Unternehmern beantragten Verbindlichserklärung vorauszugehen müssen, bringen werden. Vielleicht kriegt der Minister in letzter Stunde noch eine Erläuterung, die Arbeitervertreter werden ihm schon ein Licht aufstellen, so daß dieser Lohnfreit, den die Unternehmer heraufbeschworen haben, ohne böse Folgen ausgeht. Für die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes wird die Entscheidung, wie sie auch fallen wird, bestimmend sein in ihrer Haltung zu Betrieb und Unternehmer. Wir haben gar keine Ursache, unseren Mitgliedern gut zuzureben, die Verbandsleitung erwartet nur, daß sie diszipliniert und überlegt nach den ergangenen Entscheidungen handeln. Bei dem außerordentlichen Entgegenkommen der Unternehmer im Buchdruckgewerbe mögen

die Kolleginnen und Kollegen immer daran denken, daß sie auch nicht freundlicher und gefälliger zu sein brauchen. Besonders bei der Festsetzung von Überarbeit sollen sie daran denken; wir wollen uns stets korrekt einstellen, nie mehr geben, als billig verlangt werden kann.

Mit dem Schiedsspruch ist ja aller Tage Abend noch nicht gekommen, auch diese schlechte Zeit mit den scheinbaren Niederlagen für die Arbeiterschaft arbeitet für uns, und außerdem haben wir ein gutes Gedächtnis. Wir werden uns bei Gelegenheit der Freundlichkeiten der Gegenseite bestimmt erinnern. Geschenkt wird nichts, darauf können sich die Unternehmer verlassen. Für die Kolleginnen und Kollegen besteht daher kein Grund, etwa mißmutig zu werden oder gar zu verzweifeln. Dadurch würde der vorübergehende Erfolg der Unternehmer nur vergrößert und, was schlimmer wäre, er würde auch beständig und hätte länger Geltung, als uns lieb ist. Wir haben ein Mittel, mit dieser Zeit und den Nuznießern der Konjunktur, den Unternehmern, fertig zu werden. Unsere Organisation nämlich, sie besteht weiter und wird uns befähigen, gut zu machen, was widrige Zeitumstände verschuldet haben. Ihre Schlagkraft zu stärken, die Geschlossenheit der Mitglieder zu festigen, muß unablässiges Bemühen aller sein. Wer den Kopf hängen läßt und verzärtelt beiseite steht, schadet sich und seinen Mitarbeitern und bringt nur den Unternehmern Freude.

Die Verkürzung der Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe

Kurz vor den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium unterbreiten die Geschäftsführer der Verlagsbetriebe der Sozialdemokratischen Partei dem Minister eine Entschließung, die den Unternehmern im Gewerbe bestimmt nicht angenehm sein wird, da sie den Forderungen der Buchdruckereiarbeiter in vollem Umfang Rechnung trägt. In einer Konferenz, die am Montag, dem 9. Februar, tagte, nahmen die Geschäftsführer der Verlagsbetriebe der SPD. auch Stellung zu dem Konflikt im Buchdruckgewerbe, dem sie einen anderen Ausgang gewünscht hätten, wie die Arbeiter auch. Sie haben erwartet und gewünscht,

daß der Schiedsspruch für das Buchdruckgewerbe auch eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzieht. Die starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe fordert dringend eine Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist auch d u r c h s i e h b a r, wenn sie für das ganze Gewerbe beschlossen wird.

Es ist wünschenswert, daß vor der Verbindlichserklärung des Schiedsspruches die zuständigen Instanzen die vorliegenden Vorschläge auf Verkürzung der Arbeitszeit noch einmal überprüfen und das Buchdruckgewerbe durch eine entsprechende Entscheidung endlich für die gesamte Wirtschaft ein Beispiel gibt, das geeignet ist, die unerträglichen Zustände auf dem Arbeitsmarkt zu mildern.

Diese Erklärung wird keinen Fachmann, der von den Betriebsverhältnissen im Gewerbe etwas versteht, überraschen. Die Geschäftsführer der SPD-Betriebe sind durchweg Fachleute, meist aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, sie sind aber keine kapitalistischen Unternehmer, die der Öffentlichkeit etwas vormachen müssen und nur den Profit im Auge haben. Sondern unterstehen große Betriebe, die Berliner „Vorwärts“-Druckerei, um nur eine hervorzuheben, beschäftigt mehr als 1000 Arbeiter und Angestellte. Es geht also in unserem Gewerbe mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, man muß allerdings den Willen dazu haben. Der Minister wird diese Entschließung nicht einfach zur Seite legen können, wenn er ernstlich will, daß die Arbeitslosigkeit gemindert werden soll. Die Unternehmer erklärten kürzlich in der „Zeitschrift“, auch die Parteibetriebe wären mit dem Ausgang der Bewegung voll einverstanden. Woher sie ihre Kenntnisse haben, wissen wir nicht. Die vorstehende Erklärung beweist das Gegenteil und gibt den Vertretern der Arbeiterschaft recht, daß es auch anders und besser geht.

Aus der deutschen Betriebsrätestatistik

Rund 87 Prozent sind freigewerkschaftliche Arbeiterräte
1931 muß das Verhältnis noch besser werden

Auch der neue statistische Ausweis des DGB über den vorhandenen Umfang der gesetzlichen Betriebsvertretung der Arbeiter im Jahre 1930 bringt keine erschöpfenden Zahlen. Es handelt sich wiederum nur um eine Übersicht. Aber trotzdem geben die Zahlen vor allem über den Ausfall der Betriebsratswahlen im Vorjahr eine genaue Orientierung. In den statistischen Aufnahmen sind 18 freigewerkschaftliche Verbände beteiligt.

Aus der Statistik im einzelnen folgendes:

Es wurden 46 299 Betriebe mit einer Belegschaftsziffer von 5 900 000 erfaßt.

In den erfaßten 46 299 Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156 145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich auf die einzelnen Gewerkschaftsrichtungen wie folgt verteilen:

Freie Gewerkschaften	135 689	(86,9 Proz.)
Christliche Gewerkschaften	11 333	(7,2 Proz.)
S.-D. Gewerkschaften	1 561	(1,0 Proz.)
Kommunisten, Syndikalisten usw.	2 374	(1,5 Proz.)
Sonstige Vereinigungen	1 025	(0,7 Proz.)
Nichtorganisierte	4 163	(2,7 Proz.)

Aus den vorstehenden Zahlen ist also ersichtlich, daß die freien Gewerkschaften die herrschende Stellung einnehmen. Die Position der Kommunisten ist kläglich zu nennen. Rund 1½ Prozent der Mandate „eroberten“ bei den letzten Betriebsratswahlen die Kommunisten und Syndikalisten. Der riesige kommunistische Aufwand hat demnach kläglich Früchte getragen.

Die kommenden Betriebsratswahlen erfordern von den freigewerkschaftlichen Funktionären erneute Aktivität. Es gilt, auch für 1931 den kommunistischen Einfluß nicht aufkommen zu lassen. Nur wenn die Betriebe von den freigewerkschaftlichen Gewerkschaften beherrscht werden, bleibt die Schlagkraft der Belegschaft und der gewerkschaftlichen Bewegung erhalten.

Wenn jeder freie Gewerkschafter seine Pflicht tut und eifrig für die freigewerkschaftliche Liste agitiert, dann müßte es sonderbar zugehen, wenn unsere Quote nicht von 87 auf 90 Prozent und noch mehr gesteigert werden könnte.

Aufklärende Bemerkungen zur Betriebsratswahl

Können

entlassene Betriebsratsmitglieder kandidieren?

Bei der kommenden Betriebsratswahl taucht u. a. folgende Frage auf:

Kann ein Betriebsratsmitglied, welches ohne Zustimmung der Betriebsvertretung entlassen wurde und für welches vor den Arbeitsgerichtsbehörden ein Prozeß schwebt, kandidieren bzw. gewählt werden?

Abereinstimmend vertreten die Kommentatoren wie Flatow, Mansfeld, Sell usw. die Auffassung, daß wenn der Tatbestand wie vorstehend erwähnt, gegeben ist, Betriebsratsmitglieder kandidieren und auch gewählt werden können. Die ohne Zustimmung entlassenen Betriebsratsmitglieder, die in einem Rechtsstreit mit dem Arbeitgeber liegen, können sorglos auf die Listen gesetzt werden.

Die Aufstellung und Wiederwahl ist deshalb möglich, weil die Betriebsratsmitglieder unter dem Schutz des § 96 BzVG stehen. Bekanntlich gilt bei ihnen „die Kündigung als zurückgenommen“, wenn die zustimmungslose Entlassung nicht berechtigt war.

Findet die Wiederwahl noch vor Beendigung des Prozesses statt und kann der Wiedergewählte zunächst sein Amt wegen Verhinderung nicht ausüben, so tritt an seine Stelle gemäß § 40 BzVG vorerst ein Ersatzmann. Entscheidet das Gericht zugunsten des Wiedergewählten, so tritt er an den ihm vorbehaltenen, durch den Ersatzmann einstweilen ausgefüllten Platz in der Betriebsvertretung.

In anderen Fällen, wenn die Entscheidung zuungunsten des Wiedergewählten ausgeht, ist eine Wahl des Betroffenen nicht erfolgt, und der Ersatzmann nimmt dann den dem Wiedergewählten vorbehaltenen Platz endgültig ein.

Stellt sich nach erfolgreichem Ausgang des Rechtsstreits der Arbeitsvertrag als fortbestehend heraus und erweist sich dadurch das Amt des Betriebsratsmitglieds als fortbestehend, so kann der Arbeitnehmer nunmehr, wenn auch nicht nach geltendem Privatrecht die Beschäftigung als Arbeitnehmer, so doch kraft öffentlichen Rechts des BzVG den Zutritt zum Betrieb zwecks Ausübung des Amtes und die Amtsausübung fordern. Der die Amtsausübung verhöhrende Arbeitgeber macht sich strafbar (§§ 95, 99 BzVG). Außerdem steht dem Arbeitnehmer der Weg aus § 93 BzVG offen. Siehe hierüber auch Flatow, Anm. 13 zu § 96 BzVG, 12. Auflage.

Unzulässigkeit der Umgehung sozialer Verpflichtungen

WBG. In einzelnen Bezirken zeigen sich wiederholt Versuche, größere industrielle Unternehmungen durch Tochtergesellschaften und selbständige Abteilungen in eine Reihe von Teilbetrieben aufzulösen. Dem Hauptunternehmen bleibt lediglich die kaufmännische Oberleitung. Die Abteilungen werden räumlich getrennt, ihre Vorsteher besitzen eine gewisse Selbständigkeit, indem sie Räume und Einrichtungen von der Hauptverwaltung mieten oder pachten. Auch wegen der Leistung von Arbeit werden regelrechte Wertverträge abgeschlossen, die auch in der Übernahme von Arbeiten von dritter Seite gewisse Freiheiten belassen.

Privatrechtlich sind diese Vereinbarungen nicht zu beanstanden. Auch hinsichtlich berechtigter Rationalisierungsbestrebungen oder sonst volkswirtschaftlich durchaus beachtlicher Gedankengänge ist diese Umgestaltung größerer Unternehmungen vielleicht zu verstehen. In sozialer Beziehung aber würde eine Anerkennung der Unternehmenseigenschaft der Zwischenmeister überwiegend schwere Nachteile nach sich ziehen. Die Leistungsfähigkeit dieser Zwischenglieder ist eine beschränkte, so daß sie sowohl bei der Beitragsleistung für die Sozialversicherung als auch insbesondere hinsichtlich der Unfallversicherung bei der Durchführung der Unfallverhütung leicht versagen können. Tritt ein solcher Fall ein, so müssen infolge des Umlageverfahrens bei den Berufsgenossenschaften die in der gleichen Berufsgenossenschaft vereinigten Industriegewerke in ihrer Gesamtheit den Schaden tragen, den derartige leistungsunfähige einzelne Mitglieder nicht anteilig mittragen. Mit anderen Worten: Die Konkurrenzunternehmen müssen die Kosten für die leistungsschwachen Berufsgenossen übernehmen.

Die Schiedsstelle beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften hat aus derartigen Erwägungen heraus in den Fällen dieser Art, die bisher entschieden wurden, die Selbständigkeit derartiger Tochtergesellschaften und Abteilungsleiter verneint, vielmehr die Einheitlichkeit derartiger Betriebe nach Fassung und Inhalt der in Frage kommenden Verträge sowie nach Nachprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten ausgeprochen. Es liegt also im Interesse aller Industriegewerke, derartige Bestrebungen in ihren eigenen Reihen aus den gekennzeichneten Erwägungen heraus energisch zu unterbinden.

Nazi macht Witze

Daß es in den nüchternen Räumen der Spruchkammer des Oberversicherungsamtes auch einmal lustig zugehen kann, beweist die Entscheidung eines norddeutschen Oberversicherungsamtes. Das „völlig“ eingestellte Mitglied einer Krankenkasse wurde zwecks Beobachtung zu einem jüdischen Kassenrat geschickt. Sie, die völlig Eingestellte, erklärt mit teuflischer Offenheit: „Mein Kassenbewußtsein verbietet es mir, zu einem jüdischen Arzt zu gehen!“ Die Kasse erklärt die Weigerung der Klägerin für ungerechtfertigt. Und nun finden wir in einer Entscheidungssammlung die Veröffentlichung der Gründe, aus denen die Berufung der Klägerin zurückgewiesen wurde. Dem trockenen Juristentil merkt man zwischen den Zeilen die Fronte an, mit der diese Komödie behandelt werden mußte.

Hat ein Kassenmitglied das Recht auf Untersuchung durch einen Arzt seiner Weltanschauung oder Rasse?



Bestell-Nr. — 261 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

(Breith, Samml. v. Entsch. 1930 S. 681.) Die Streitfrage ist näher dahin präzisiert, daß die Berufungsflägerin, die auf dem völkischen Standpunkt steht, deshalb die von der Kasse bestellten Vertrauensärzte ablehnt, weil sie jüdischer Rasse seien und ihr Empfinden die Untersuchung durch diese Ärzte ablehnt. Es ist selbstverständlich, daß die Spruchkammer es ablehnen muß, Erwägungen politischer oder sozialistischer Art für die Entscheidung der vorliegenden Frage in den Vordergrund zu rücken; sie hat sich lediglich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Die Reichsversicherungsordnung kennt aber keine Bestimmungen, wonach der Rasse in irgendeiner Weise eine dem verschiedenen Glaubens- oder Rassenstandpunkt ihrer Mitglieder entsprechende Untersuchung und Behandlung durch diesem Gesichtspunkt gemäß bestellte Ärzte auferlegt ist. Da das nicht der Fall ist, besteht keine Möglichkeit (!), der Berufung stattzugeben.

Die Fünftagewoche im Vordringen

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Nur eine solche Maßnahme kann die deutsche Wirtschaft vor dem Absinken ins Bodenlose bewahren. Richtig ist eine Vereinbarung für die deutsche Zigarettenindustrie zustande gekommen, die besonderer Erwähnung bedarf. Die Verbände der Arbeiter und Unternehmer haben eine Vereinbarung getroffen, wonach ab 1. März in der Zigarettenindustrie im ganzen Reich die Fünftagewoche zur Durchführung gelangt. Von der Vereinbarung werden rund 28 000 Arbeiter betroffen. An Stelle einer Arbeitszeit von 48 Stunden tritt hinfort eine solche von nur 42½ Stunden. Ein teilweiser Lohnausgleich tritt dadurch ein, daß 45 Arbeitsstunden bezahlet werden. Soweit Akkordarbeit in Frage kommt, werden die Akkordsätze entsprechend erhöht.

Nachschaukunft

Anfrage S.: Der Mann meiner Schwester ist schon vor zwei Jahren gestorben. Er hat viele Jahre hindurch Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet. Bekommt meine Schwester, die mittellos daheißt, Witwenrente? — Antwort: Witwenrente erhält nach dem Tode des verstorbene Mannes die Witwe, die das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd invalide ist. Wenn sie nicht dauernd invalide ist, so genügt es auch, daß sie während 26 Wochen ununterbrochen invalide gewesen ist und nicht wieder arbeitsfähig geworden ist.

Anfrage B.: Mein natürlicher Vater ist gestorben. Ich bin unehelich. Der Verstorbenen hinterläßt ein schönes Vermögen. Wieviel habe ich als sein uneheliches Kind zu beanspruchen? — Antwort: Da das uneheliche Kind mit seinem Vater nicht verwandt ist, kann es auch nicht erbberechtigt sein (!). Vielleicht läßt sich gütlich etwas erreichen. Liegt denn kein Testament vor?

Anfrage M.: Ist es richtig, daß jetzt eine Entscheidung ergangen ist, in welcher die Kurzarbeit der Lehrlinge behandelt worden ist? — Antwort: Wahrheitsgemäß meinst du die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 17. September 1930. Danach ist der Arbeitgeber trotz Einführung von Kurzarbeit verpflichtet, den Lehrling in 48tägiger Arbeitszeit zu beschäftigen, vorausgesetzt daß im Lehrvertrag diese Arbeitszeit vereinbart ist.

Anfrage L.: Mein Sohn ist Lehrling. Wir haben einen schriftlichen Lehrvertrag. Der Lehrherr weigert sich, meinem Sohn notwendige Wäsche und Kleidung zu kaufen, obwohl er sich dazu im Verträge verpflichtet hat. Was kann ich machen? — Antwort: Du hast zwei Wege. Entweder kauft du den Lehrherrn beim Arbeitsgericht verklagen; oder aber du kannst das Lehrverhältnis auflösen und Schadenersatz geltend machen.

Anfrage D.: Ich beziehe Arbeitslosenunterstützung. Jetzt ist mir nachträglich die Invalidenrente bewilligt worden. Kriege ich die Unterfertigung weiter? — Antwort: Wir wissen nicht, wie alt du bist. Bekommst du Altersrente und bist noch arbeitsfähig, so kannst du die Unterfertigung weiter beziehen. Was über 30 RM monatlich ist, wird dann angerechnet. Bekommst du aber die Rente wegen Invalidität, so kannst du keine Arbeitslosenunterstützung mehr beziehen. Auf jeden Fall mußt du dem Arbeitsamt unverzüglich Mitteilung machen.

Anfrage F.: Ich bekomme Unfallrente. Aber ich glaube, zu wenig; denn mein Jahresarbeitsverdienst war doch bedeutend höher. Ich erhalte 50 Proz., aber nur 60 RM monatlich. Ich habe aber vor dem Unfall mindestens 45 bis 50 RM wöchentlich verdient. Warum erhalte ich nicht mehr? — Antwort: Die Vollrente beträgt nicht den vollen Jahresarbeitsverdienst, sondern nur ⅔ davon. Wenn du z. B. in dem Jahre vor dem Unfall 2000 RM verdient hast, so würde die volle Rente ⅔ davon betragen. Da du aber nur 50 Proz. erhältst, so verringert sich die Rente entsprechend. Teile uns Genaueres mit.

Anfrage R.: Jemand hat mir mündlich versprochen, mir seinen alten Radioapparat zu schenken, weil ich ihn bei einer anstrengenden Arbeit behilflich gewesen bin. Das war unter Zeugen. Jetzt will er nichts davon wissen und mir auch nichts bezahlen. Kann ich den Radioapparat verlangen? — Antwort: Die Schenkung ist nicht wirksam geworden, weil das gerichtlich oder notariell beurkundet werden muß. Es fragt sich aber, ob der Radioapparat nicht als Gegenleistung für deine Arbeit vereinbart worden ist. In diesem Falle hast du einen Anspruch darauf erworben.

Anfrage L.: Meine Frau hat in meiner Abwesenheit von einem Reisevertreter für 60 RM Wäsche gekauft und einen Bestellchein unterschrieben. Ich bin der Meinung, daß mich das nichts angeht; denn ich bin jetzt gerade arbeitslos. — Antwort: Leider bist du im Irrtum. Die Frau ist berechtigt, in deinem Namen zu unterschreiben, wenn es sich um häusliche Dinge wie Wäsche handelt. Du mußt bezahlen. Am besten ist es, wenn du der Firma deine Lage schilderst und entweder um Stundung oder Rückgängigmachung bittest.

Ein lehrreiches Kapitel vom Preisabbau

Unter den Markenartikeln, die verbilligt werden sollen, fällt auch der größte Teil der Schokolade. Die drei Faktoren Fabrikanten, Großhandel und Kleinhandel haben miteinander verhandelt. Von dem Preisabbau in Höhe von 10 v. H. sollten die Fabrikanten und der Einzelhandel je 4 v. H. und der Großhandel 2 v. H. tragen. Der Einzelhandel hat sich nur dazu bereit erklärt, wenn die Industrie eine straffe Durchführung des Preisabbaues gegenüber dem Kleinhandel garantiert. Das hat die Industrie abgelehnt. Nunmehr gehen einzelne Fabrikanten von Markenartikeln selbstständig vor. Interessant ist hierzu noch folgendes: Die führende Zeitschrift der Kakaowirtschaft ist der „Gordian“ (Hamburg). Dieser hat schon seit Jahren einen heftigen Kampf für die Herabsetzung der Preise geführt. Ununterbrochen wurden folgende Leitsätze abgedruckt:

„Ein Pfund Bitterschokolade zu fabrizieren kostet 1,50 M., es zu verkaufen kostet ebensoviel. Das ist ein großer wirtschaftlicher Fehler!“

Der „Gordian“ schreibt weiter:

„Man überlege: Alle Kosten, die entstehen durch Gewinnung der Kakaobohnen auf tropischem Acker, durch den Einkauf dieser Kakaobohnen und ihre Verfrachtung von tropischen Hafenplätzen, durch den Seetransport und Bahntransport bis in die deutsche Schokoladenfabrik, durch das verpackende Reinigen und Röhren, Vermahlen, Vermischen mit Zucker, Röhren und Verpacken der gefertigten fertigen Schokolade, Lieferung der Fertigware bis in das Haus des Kleinhändlers werden für das Pfund mit einer Mark und fünfzig Pfennig abgegolten — und die an sich einfache Verteilungsarbeit, für die Auslieferung eines Pfundes Bitterschokolade, das nach dem Willen der Fabrikanten, die einen sogenannten „Markenbündel“ bilden, nicht unter 3 M. in die Hand des Verbrauchers kommen darf, wird ein gleich hoher Geldbetrag, werden wiederum eine Mark und fünfzig Pfennig vom Verbraucher eingezogen. Welche dem Händler, der weniger als 3 M. für ein Pfund Bitterschokolade fordert!“

Bei der Preisbildung der Schokolade müssen die Veränderungen der Rohstoffpreise berücksichtigt werden. Kakaos ist seit einem Jahr im Preise durchschnittlich um ein Drittel zurückgegangen. Der Zucker hat ebenfalls im Preise nachgelassen. Im Jahr 1913 kosteten 50 Kilogramm Kakaobohnen 62 M., jetzt kosten sie 27 M. Von diesem gewaltigen Preisrückgang hat der Verbraucher bisher keinen Vorteil gehabt. Die oben genannte Zeitschrift macht für die reguläre Konsumsokolade folgende Rechnung auf:

Der Verbraucher bezahlt im Laden für ein Pfund 2 M.	
Der Hersteller muß dem Einzelhändler hierauf 30 v. H. Rabatt gewähren, das sind	0,60 M.
Von den verbleibenden	1,40 M.
Bekommt der Großist 20 v. H., also	0,28 M.
Danach bleiben für den Hersteller	1,12 M.
übrig. Von diesen gehen noch in den meisten Fällen 5 und 3 v. H. an Sonderabatt ab, das sind rund	0,09 M.
Es bleiben noch	1,03 M.
Von diesen	1,03 M.
muß der Hersteller für Fracht, Agentenprovision, Verlust mindestens 6 v. H. abrechnen, das sind	0,06 M.
so daß schließlich	0,97 M.

für ein Pfund Schokolade für den Hersteller übrigbleiben, für das der Verbraucher an der für ihn zuständigen Stelle, im Kleinhandel, 2 M. bezahlen muß. Diese Aufrechnung bedarf keiner weiteren Ergänzung. Der Handel erhält vom Verbraucher mehr als 10 v. H. des Herstellungspreises. Und in diesem Zusammenhang kann man dem „Gordian“ vollauf zustimmen, wenn er folgenden Leitsatz aufstellt:

„Die immer fette Volksschicht steigert ihren Bedarf in Schokolade nicht mehr. Die Volksschicht ist nun dünn. Die immer hungrige Volksschicht aber ist dicht — und die ist als Verbraucher von Schokolade und Süßwaren nur durch niedrige Preise zu gewinnen, weil ihr Einkommen niedrig ist.“

Welchen Aufschwung könnte die deutsche Schokoladenindustrie erleben, wenn der Preis ihrer Produkte wesentlich ermäßigt würde. Die Befreiung des Handelsgewinnes ist dabei dringend notwendig.

Die andere Welt

Den Höhepunkt der großen Ballsaison in der Hauptstadt bietet alljährlich der Presseball. Trotz eines Eintrittsgeldes von 25 M. und sonstigen Anforderungen an die Börse jeden Besuchers hatten auch diesmal Tausende von Begleitern der Einladung des Vereins „Berliner Presse“ Folge geleistet. Greifen wir aus den Schilderungen der bürgerlichen Presse einige Stellen heraus:

„Die Diplomaten und Politiker, Vertreter der Behörden, der Finanzwelt und der Wirtschaft, die wissenschaftlichen und geistigen Repräsentanten und die zahlreichen Künstler und Künstlerinnen von Bühne und Film beleb-

ten den weiten Raum der Zaubetriebe, stauten sich vor der Ehrenloge, in der wieder die Vertreter des Reiches, der Gesandtschaften und der Behörden Platz genommen hatten. Sie erfüllten alle Säle mit den reichen Farben der Toiletten und dem strengen Schwarzweiß der Fräcke... Die Kleider der Damen sind anspruchslos und einfach, was aber nur so aussieht — tatsächlich sind sie raffiniert geschnitten und unerhört kompliziert genäht —, wählt man die Mäntelchen und Jacken um so prächtiger. Sie büßen, ja sie müssen dekorativ und kostbar sein. Ihre modische Unlogik beruhigt. Die kurzen weißen Hermelins, die perlverbrämten Samts- und Velour-Chiffon-Jäckchen, die reichen oft nur bis zur Taille. Sie wärmen eigentlich nur dann, wenn es gar nicht mehr nötig ist, nämlich im Ballsaal. Auf der Einfahrt im Auto sind sie nur ein beschönigender Schutz. Sie sind in ihrer spielerischen Art reizvoller Kontrast zu den klaffenden Abendkleidern aus glänzenden mattfarbenen Seidenstoffen, den hauchdünnen Laméschiffons, kumpfen Krepp-Billits, den opalisierenden, in der Farbe ganz unausgesprochenen Phosphorleiden, zu all diesen neuen Geweben, die dem Modedictum des Abends die Note kultivierter Eleganz geben.“ (Berliner Börzen-Courier.)

Die Tombola füllte fast einen ganzen Saal. Aus einem spaltenlangen Artikel der „Voss. Zig.“ hierüber nur ein paar Sätze:

„Man müßte einen Katalog unserer bekannten Mäler schreiben, wollte man auch nur von ungefähr den Bestand an Arbeiten ihrer Hand umschreiben. Den Bildern gesellt sich ein ganzes graphisches Kabinett an. Ringsum gruppieren sich erlebte kunstgewerbliche Dinge. Außerdem enthält die Tombola u. a. folgende Gewinne: eine Adler-Limonade, einen Opelman, Beschleuniger, Perlenkette und eine ganze Sammlung silberner Gegenstände, ein großes Eßservice von Kopenhagen, Ballkissen und unzählige begehrenswerte Objekte aus dem Reich der Frau, Luxusreißer, chinesische Kimonos, Kristallkugeln und Klüßel, Schmuckwaren aller erdenklicher Art, Guldsteine auf Reisen (dabei zwei Doppelreisen nach New York und zurück von der Japan, eine Reise nach Madeira vom Nord, Flüge nach Wien und Kopenhagen), wertvolle Bücher von bester Qualität, praktische Erzeugnisse der Technik, Kühlkranz, Radioapparate, Grammophone, Hausgeräte, Kameras, Operngläser usw. Doch das sind immer nur Andeutungen. Ein ganzer Bazar bester Qualitätsware ist aufgebaut.“

Diese Schilderungen stammen nicht etwa aus einem Märchenlande, sondern aus Berlin, einer Stadt, die rund eine halbe Million Arbeitslose zählt, und wo einund das Elend auf Gassen und Märkten entgegen schreit. Und da gibt es noch Tausende von Volksgenossen, die diesen Leuten nachlaufen, sie begaffen und anstimmeln.

Druck und Bauch

In Sachen, den Land, wo man so helle ist, hat ein katholischer Jungfrauenverein unter dem Protektorat einer richtigen Prinzessin von Sachfen, Richtlinien für die Beldung der katholischen Jungfrauen“ herausgegeben, in denen es heißt:

1. Die Ärmel des Kleides müssen die Arme bis über die Ellbogen herab bedecken.
2. Die Beine müssen mindestens bis über die Wadenmuskeln vom Kleid bedeckt werden.
3. Der Oberkörper muß mindestens bis zur Halsgrube bedeckt sein.
4. Vorkommen abgelehnt werden: enganliegende und durchsichtige Kleiderstoffe.
5. Neben dieser Kleiderordnung haben einige christliche Jungfrauenvereine eine Kleiderordnung für den Turn- und Tanzunterricht „entworfen“, in der es heißt: „Turnunterricht in Jungfrauenvereinen soll nur von Turnlehrerinnen erteilt werden. Erteilt ausnahmsweise ein Mann gymnastischen Unterricht, so soll statt des üblichen „Brust heraus“ einfach gesagt werden: „Poitrine“, und statt „Bauch hinein“ einfach „Ventre“.

Also: Brust und Bauch sind zwei vom lieben Gott im Zustand völliger Verwirrung geschaffene Körperteile! Sie müssen weg! Sie dürfen überhaupt nicht genannt werden. Und wenn schon, dann nur in der Sprache des Erbfeindes, auf rein Französisch! Die verruchten Welschen gebrauchten dies hier noch Worte, die man zur Not verwenden kann. Aber einfach auf deutsch: „Brust und Bauch!“, so eine Schmach! Weg damit!

Aus den Zahlstellen

Altensburg. In gemeinsamer Mitgliederversammlung vom 24. Januar sprach Kollege Gauleiter Wambacher (Erfurt) in einleitendem Vortrag über das Thema „Unser Kampf gegen den Lohnabbau“. Jedes Land hat heute wohl unter Kräfte zu leiden, je größer und mächtiger die Industrie eines Landes entwickelt ist, desto mehr Erwerbslose wird es aufzuweisen haben. Man rechnet heute schon die Zahl der Erwerbslosen in sämtlichen Industriestaaten auf 15 Millionen. Die Unternehmer wissen kein anderes Heil, der Wirtschaft auf die Beine zu helfen, als den Arbeitern und Angestellten Lohn und Gehalt zu kürzen, und wollen nicht zugeben, daß nur das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem die Hauptschuld an der Weltwirtschaftskrise trägt. Den Lohnabbaumaßnahmen im graphischen Gewerbe gingen schon der Bergbau, die Metallarbeiter und Holzarbeiter voraus, andere Industriezweige folgen. Die Gewerkschaften müssen sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Um den Erwerbslosen wirksam zu helfen, haben sich die Gewerkschaften aller Richtungen bereit erklärt, den Versuch zu machen, die Arbeitszeit bei gleichem Lohnausgleich auf 40 bis 44 Stunden in der Woche herabzusetzen. Die öffentlichen Betriebe Berlins und auch einige Privatbetriebe haben den Anfang damit gemacht und sind, soweit bekannt ist, ganz gut dabei gefahren. Einige Hundert Erwerbslose sind eingekleidet worden und damit aus der öffentlichen Hilfe herausgenommen worden; also Wortteile auf zwei Seiten. Unsere Scharfmacher auf Unternehmenseite wollen jedoch hiervon nichts wissen, werden sich aber wohl in abseh-

barer Zeit, gezwungen durch die Verhältnisse, dazu bequemen müssen. Aber vorher wirklamer Preisabbau. Bis dahin werden wir uns gegen jeden Lohnabbau mit allen Mitteln, welche zu Gebote stehen, sträuben! Durch regen Beifall dankten die Versammelten dem Redner. Hierauf wurde die Tagesordnung zu Ende geführt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden örtliche sowie organisatorische Fragen erledigt. Die Büchertontrolle und das Umschreiben der Bücher hat dieses Mal besser funktioniert, was der Vorsitzende den Mitgliedern dankt. In einer internen Aussprache zum Schluß der Versammlung wurde mit dem Gauleiter noch die im Frühjahr stattfindende Gründungsfeier der Zahlstelle Altensburg besprochen, wobei es noch einige Gründe der Zahlstelle Altensburg zu beglückwünschen gibt. Widen wir mit frohem Mut in die Zukunft.

Braunschweig. Jahres-Hauptversammlung am 29. Januar. Das Referat „Unsere Lohnverhandlungen am 2. Februar und die Abbaugesandten der Unternehmer“ hatte Gauleiter Kollege Sparfuß (Hannover) übernommen. In kurzen Zügen zeichnete der Referent die verschiedenen Phasen der zur Zeit grassierenden Lohnabbaupebie beim deutschen Unternehmertum. Auch die Buchdruckunternehmer wollen ihr Schicksal teilen, planen sie doch einen 14-prozentigen Lohnabbau, der, falls er Gesehskraft erlangt, für unsere Kollegen gewaltige Verluste bringen würde, wie Kollege Sparfuß an der Hand genauer Berechnungen nachwies. Anschließend berichtete der Referent über die Verhandlungen in Gießen und über den Kampf in Hannover bei Reunis & Sohn, einem Zweigbetrieb der Firma Welschorn, Wschersleben. Um sich gegen die Unternehmerrückgriffe wirksam wehren zu können, muß auch die letzte Kollegin, der letzte Kollege der Organisation zugeführt und jeder den Kampffonds füttern durch pünktliche Beitragszahlung. Die Organisationsverhältnisse sind das Barometer für die zu erwartenden Schiedssprüche. Das Jahr 1931 steht noch auf Sturm. Anschließend gab der Kassierer, Kollege Lübbel, den Kassienbericht vom dritten und vierten Quartal und die Jahresbilanz. Der Vorsitzende geistigte die Interessenlosigkeit eines Teiles der Mitgliedschaft, wie der Versammlungsbesuch im verflochtenen Jahr zur Genüge beweise. Die folgenden Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der vorjährigen Vorstandsmittglieder, für den verstorbenen Kollegen Herte wurde Kollegin Wiele neu gewählt. Für den auscheidenden Revisor, Kollegen Peters, wurde Kollege Balzerit gewählt. Unter „Verschiedenes“ fanden einige örtliche Angelegenheiten Erledigung.

Erfurt. Am Freitag, dem 30. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, in der Kollege Wambacher den Geschäfts- und Kassienbericht gab. Bei der Berührung der Vorgänge im vergangenen Jahr wurde einer Kollegin gedacht, die durch Todesfall aus unseren Reihen gerissen wurde. Einige Fälle vor dem Arbeitsgericht wurden mit Erfolg für die betreffenden Mitglieder durchgefoht. Die Firma Hemat-Druck hat ihren Betrieb stillgelegt, jedoch ist die Kollegenhaftung zum Teil wieder anderweitig untergebracht. Die Verhandlungen mit einer chemographischen Anstalt zur tariflichen Regelung ihres Hilfspersonals mußten auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden, da die Firma jedes Entgegenkommen ablehnte. Durch ihre Weigerung hat sie aber das Personal veranlaßt, sich der zuständigen Organisation anzuschließen. Das Beschäftigungsverhältnis der Mitgliedschaft war „Wartungsarbeiten“ gut, hat sich jedoch dem Ende zu nehmert, ja daß die Arbeitslosigkeit jetzt an den Durchschnit anderer Städte grenzt. In Veranaltungen haben „Käseführer“ eine Generalversammlung, acht Mitgliederversammlungen, sämtlich mit Vorträgen, eine Funktionserhebung, sieben Vorstandswahlen. Über Kartellierungen noch eine Sitzung mit den Buchdruckfunktionären. Am Gewerkschaftstag in Magdeburg nahmen zwei Erfurter Kollegen teil. Der Mitgliederbestand belief sich Ende 1930 auf 50 männliche und 137 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im vierten Quartal 1757,70 M., die Ausgaben 674,65 M., so daß insgesamt 1083,05 M. eingekampt worden sind. Die Einnahmen der Ortskasse beziffern sich einschließlich Kassienbestand vom dritten Quartal auf 1041,39 M., die Ausgaben auf 424,24 M. Ortskassenbestand am 31. Dezember 1930 617,15 M. Trotz schwerer Zeit ist das Ergebnis des vergangenen Jahres noch als zufriedenstellend zu bezeichnen. Kollege Wambacher sprach den Funktionären und Mitgliedern seinen Dank für die Mitarbeit aus. Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben, daß die alten Vorstandsmittglieder und Revisoren einstimmig wiedergewählt wurden. Punkt 3 der Versammlung bildete der Vortrag unseres Kollegen und Gauleiters Wambacher, betitelt: „Der Klassenstand ist zu Ende, der Kampf beginnt!“ Redner beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Auf den Ausgang des kommenden Kampfes in unserem Gewerbe sind aller Augen gerichtet. Die graphischen Verbände als bestorganisierte Deutschlands werden den Unternehmern eine harte Au zu tunen geben. Diese haben das auch erkannt und ihre Maßnahmen getroffen, was ein geheimes Dokument, welches in ihren Kreisen zirkulierte und versehenlich in falsche Hände geriet, beweist. In der Unternehmerrückgriffe heißt es, „daß ausgehoben nicht aufgehoben ist und der Lohnabbau auf dem Marsche sei“. Da außerdem die schwere Zeit mit dem Unternehmertum marschiert, werden wir einen harten Kampf zu bestehen haben. Kollege Wambacher machte darauf aufmerksam, in den Betrieben auf die schwere Situation hinzuweisen. Jedes Mitglied sei seiner Pflicht bewußt, und es stehe seinen Mann im Kampf gegen Verschlechterungen unseres Tarifs. Mit diesen Worten schloß Redner seine vortrefflichen, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß die Arbeiterwohlfahrt an uns zwecks Beihilfe herangetreten ist. Es wurde beschlossen, 10 M. zu bewilligen. Kollege Wambacher erklärte noch Einzelheiten der Lohnsteigerungsanträgen, worauf die Generalversammlung geschlossen wurde.

Effen. Am Sonntag, dem 25. Januar, hatten wir unsere Jahres-Hauptversammlung. Unser Vorsitzender, Kollege Deiter, gab zum Jahresbericht einen allgemeinen wirtschaftspolitischen Rückblick über das verflochten trübe Jahr. Während die Arbeitslosenfziffer fortwährend im schnellen Steigen ist, sucht man den Zusammenbruch der Wirtschaft durch einen allgemeinen Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit zu retten. Die Forderungen der Gewerkschaften in dieser Lebensfrage des Proletariats seien hinreichend bekannt. Der Tätigkeitsbericht unseres Verbandes erstreckt sich auf sechs Vorstands-, zwei Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, vier Mitglieder-Quartalsversammlungen. Außerdem wurden zwei Klagen am Arbeitsgericht aus-gefoht. Der Mitgliederbestand konnte, trotz der un-

günstigen Lage unseres Gewerbes, gehalten werden. Während wir im Jahr zuvor eine Mitgliederzahl von 325 hatten, konnten wir am Ende unseres Geschäftsjahres noch 332 Mitglieder zuzählen. Kassierer Kollege Schwerdt erbatte den Kassienbericht, der gedruckt vorlag. Auch hiermit können wir zufrieden sein. Trotz der großen Ausgaben an Unterhaltungen usw. hatten wir einen Bestand in der Ortskasse von 1550,75 M. gegen 1250 M. des Vorjahres. Im Namen der Revisoren dankte Kollege Horres für die gute Kassienführung. Zum folgenden Punkt „Vorstandswahl“, hat Kollege Deuter, da, wo nötig, Kritik zu üben an der Tätigkeit des bisherigen Vorstandes. Kollege Finke verlas Johann die Vorschlagsliste, die vom Vorstand einstimmig aufgestellt wurde. Die Abstimmung ergab volle Einmütigkeit für die vom Vorstand aufgesetzte Liste. Kollege Deuter dankte für die Wiederwahl und daß die Mitglieder, treu zu bleiben und am Aufbau der Organisation mitzuhelfen. Demnach legt sich der Vorstand wie folgt zusammen: Erster Vorsitzender Deuter, Stellvertreter Vorsitzender Finke, Kassierer Schwerdt, Schriftführer Donzalla, Beisitzer: Knobloch, Jannick, Vehr, Revisoren: Horres, Wolff, Schieber, Jugendobmann: Schöngrat. Unter Punkt „Verbands- und Zahlstellenangelegenheiten“ wurde aus der Versammlung ein Antrag einstimmig angenommen, einem langjährigen, immer tranten Kollegen durch Bewilligung einer kleinen Rente, die von der Versammlung festgesetzt wurde, aus Ortsmitteln zu helfen. Kollege Wolff, der wieder als Kartellbeauftragter gewählt wurde, gab einen ausführlichen Bericht von der letzten Kartellversammlung, die sich hauptsächlich mit dem Plan beschäftigte, ob das eingezahlte Geld der einzelnen Verbände für das „Gaus der Arbeit“ wieder zurückfaktet werden sollte. Dieses sei denn auch in der Mehrheit angenommen worden, so daß unser Ortsstellenbestand dadurch empfindlich gestärkt werde.

Glogau. Am Freitag, dem 30. Januar, hatte die Ortsverwaltung der Zahlstelle Glogau zur Jahres-Hauptversammlung gerufen. In gewohnter muster-gläubiger Weise gab die Kassiererin Kollegin Pflanz, den Kassienbericht vom vierten Quartal 1930. Einen recht breiten Raum nahm der vom Kollegen Kaufmann gegebene Geschäftsbericht ein. Pflanz schilderte die von der Regierung Erläuterung in Szene gesetzte Lohn- und Preisabbaupolitik, auf die ganz besonders die Gewerkschaften in Zukunft ihr Augenmerk zu lenken haben. Der Haustarif für das Steinbruderschaftspersonal konnte bis 13. Februar 1931 verlängert werden. Die geschäftlichen Angelegenheiten der Zahlstelle wurden in sieben Mitgliederversammlungen, sieben Vorstandssitzungen, zwei Erwerbslosenversammlungen, 178 Ein- und 163 Ausgängen erledigt. Ferner waren im Berichtsjahr zwei Klagen am Arbeitsgericht zu verzeichnen, wovon eine der Klägerin an 400 M. Nachzahlung brachte. Ein Einnahmen für die Hauptkasse konnten gebucht werden 3847,55 M.; an Ausgaben (Arbeitslosen-, Kranken- und Weihnachtsgeld) 2738,40 M. Für die Invalidentasse war eine Einnahme von 511 M. zu verzeichnen. Der Ortsstellenbestand betrug am Ende des Jahres 618,07 M. Als Weihnachtsgeldunterstützung für Erwerbslose wurden seitens der Ortskasse 220 M. ausgegeben. Der Bestand an bindender gewerkschaftlicher Literatur hat sich im Berichtsjahre wesentlich erweitert. Der Mitgliederbestand ist entgegen dem Vorjahr durch die schlechte Beschäftigungsmöglichkeit etwas zurückgegangen und beträgt 122. Zur Zeit erwerbslos 32. Allen Mitarbeitern den Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen, sowie mit ermahnen Worten, auch im neuen Jahr im Interesse der Organisation mitzuwirken, schloß Kollege Kaufmann den Jahresbericht. Die nun folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl fast aller Vorstandsmitglieder. Vorsitzender: Kollege Kaufmann, Schriftführer: Kollege Heuschel, Kassierer: Kollegin Pflanz, Beisitzer: Kollege Böring und Kollegin Wähld. Revisoren: die Kollegen Schmidt, Tustler und Dehmel. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und einem nochmaligen Appell an die Anwesenden, in der jetzt bewegten Zeit fest zur Organisation zu halten, schloß Kollege Kaufmann die Versammlung.

Kempten. Am 25. Januar hielt unsere Zahlstelle die gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende konnte neben den örtlichen auch Mitglieder der Zahlstellen Augsburg, Kaufbeuren, Lindenberg sowie den Gauleiter Lehmeier begrüßen; zugleich wurde auch der verstorbenen Kollegin Heß in grander Weise gedacht. Nach Erledigung verschiedener Einläufe gab Vorsitzender Wegmann den Jahresbericht. Im Jahr 1930 wurde Vorstandsschaft und Ortsverwaltung fast in Anspruch genommen, um den Wünschen der Mitglieder und der Organisation gegenüber Rechnung zu tragen. Er erinnerte an die Mitgliederversammlungen, an die vielen Sitzungen des Ausschusses und des Kartells sowie an die Mitarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt und stellte gutes, vertrauensvolles Zusammenarbeiten innerhalb der Mitgliedschaft fest. Durch die wirtschaftliche Lage wurde auch unsere Zahlstelle durch Arbeitslose in Mitleidenhaft gezogen. Kassierer Kolb berichtete über die Ein- und Ausgaben sowie über die Unterhaltungen, welche den Mitgliedern ausbezahlt wurden. Sodann ergriff Gauleiter Lehmeier das Wort und sprach dem Vorsitzenden sowie dem ganzen Ausschuss den Dank für seine Tätigkeit aus. Weiter kam Kollege Lehmeier auf die Lohnverhandlungen zu sprechen, welche am 3. Februar begannen, und daß den Unternehmern äußerster Widerstand geleistet werden muß, um einen Lohnabbau zu verhindern. Von einem Preisrückgang der Lebensmittel und Waren ist sehr wenig zu spüren. Daraus erfolgte Neuwahl. Das Resultat war, daß der ganze Ausschuss in seiner früheren Gestalt wiedergewählt wurde, mit Ausnahme des Schriftführers, welcher zurückgetreten war, und eines Revisors. Der Vorsitzende erwähnte die wieder-gewählte Ortsverwaltung zur kräftigen Mitarbeit im Interesse der Mitglieder, ebenso die Arbeitslosen, welche mit einer kleinen Unterstützung bedacht worden sind, auch ihre Pflicht gegenüber dem Verband zu erfüllen.

Krimtschau. Am 24. Januar fand unsere diesjährige Jahres-Hauptversammlung statt. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete wohl das vortreffliche Referat unseres Gauleiters Franz Herrmann (Dresden). Mit seinem Referat: „Die Unternehmerrückseite auf unsere Löhne“, hatte er wohl den Brennpunkt der jetzigen Lage am besten getroffen. Jeder Versammlungsteilnehmer ging wohl mit den Ausführungen unseres Gauleiters dahin konform, daß nicht der Abbau der Löhne uns aus der wirtschaftlichen Krise heraushilft, und daß eine weitere Minderung der Kaufkraft noch größere Arbeitslosigkeit bedeutet. Reicher Bedarf bedachte Kollegen Herrmann für seine einständigen trefflichen Ausführungen. Den Jahresbericht der Zahlstelle gab der erste Vorsitzende Kurt Bräutigam. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß das vergangene Jahr für die Zahlstelle Krimtschau kein allzu rosiges war. Es brauchte nur noch viel größere Arbeitslosigkeit unter unseren Mit-

gliedern als das Jahr 1929. Stillelegungsverhandlungen mit darauffolgenden Entlassungen waren an der Tagesordnung und drachten es mit sich, daß zur Zeit fast der gesamte Vorstand arbeitslos ist. Auch ein Zeichen der Zeit. Ferner war noch die Tatsache zu verzeichnen (die wohl einzig dasteh), daß ein jüngerer Hilfsarbeiter entlassen werden mußte, um an dessen Stelle einen älteren Steinbruder wieder einzustellen (Arbeitsgerichtsbescheid), was natürlich für die Zahlstelle nicht gerade zum Vorteil war. Der Verbandsbesuch war im vergangenen Jahr erfreulicherweise sehr gut. Abgehalten wurden neun Versammlungen und zwölf Vorstandssitzungen sowie eine gut gelaungene Weihnachtsveranstaltung. Arbeitsgerichtsklagen waren zwei, wovon eine mit Erfolg durchgeführt werden konnte, während die andere in der Berufungsinstanz zu unseren Ungunsten ausfiel, was für viele entlassene Mitglieder den Verlust ihrer Ferien bedeutete. Der Mitgliederbestand ist etwas zurückgegangen, was wohl auf die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage zurückzuführen ist. Erfreulicherweise konnte aber der Vorsitzende feststellen, daß trotz aller Unbill, welche die Krimtschauer Zahlstelle durchmachen mußte, die Mitglieder, soweit sie noch im Arbeitsverhältnis stehen, dem Verband die Treue gewahrt haben. Erwähnenswert ist auch noch die Solidarität der Mitglieder. Als es galt, für unsere Erwerbslosen einen Extrabeitrag zu entrichten, hat sich nicht ein Mitglied geweigert, und so konnte unseren Erwerbslosen zu ihrer regelmäßigen Unterstützung noch 10 M. als Weihnachtsgeldunterstützung ausgezahlt werden. Mit dem Dank an alle Mitglieder sowie Funktionäre für ihre Mitarbeit und für ihr reges Interesse, welches gerade in der jetzigen schweren Zeit angebracht ist, schloß der Vorsitzende seinen Geschäftsbericht. Den Kassienbericht gab Kollege Birnstein. Hieraus war zu ersehen, daß die am Ort eingehenden Beiträge bei weitem nicht mehr ausreichen, um die Erwerbslosen- und Krankenunterstützung auszuführen. An erwerbslose Mitglieder wurde im letzten Jahre die Summe von 3589,90 M. und an Kranke 849,50 M. ausbezahlt. Der Kassienbestand der Ortskasse beträgt 575 M. 80 Stück Darlehensscheine à 5 M. für das „Volksbaus“ wurden erworben. Die Neuwahlen brachten keine wesentliche Veränderung. Als weitere Vorsitzender wurde für Kollegen Vah, welcher die Wahl ablehnte, der Kollege Walleiser gewählt. Als Revisoren die Kollegen Fris Woland und Artur Kopper. Unter „Beschließenes“ wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt, vor allen Dingen wurde darauf hingewiesen, daß die Erwerbslosen unbedingt die von der Zahlstelle eingeführte Meldefrist einzuhalten haben.

Magdeburg. Am 27. Januar fand die Generalversammlung statt, welche sich mit dem Jahresbericht sowie mit der Lohnfrage beschäftigte. Der Vorsitzende Kollege Seeländer schilderte die durch die steigende Arbeitslosigkeit erzeugte Not bei den arbeitslos gewordenen Mitgliedern und betonte die um so größere Pflicht der Mitglieder, die Arbeitslosen zu unterstützen. Er erkannte die Opferwilligkeit der Arbeitenden an und dankte im Auftrage der Unterstützten und des Vorstandes dafür. Besonders betonte der Vorsitzende, daß die Erhebung des Extrabeitrages, der für weibliche 1,30 M. und für männliche 2,60 M. betrug, ohne jede Klage und Schwierigkeit durchgeführt werden konnte. Für Unterstützung zu Weihnachten konnten von Seiten der Lokalkasse über 300 M. ausbezahlt werden. Auch die Hauptkasse hatte über 700 M. dazugeschickt. Kollege Töpel ergründete den Bericht durch Schilderung der vor dem Arbeitsgericht geführten Klagen. Er hob hervor, daß es besonders die Firma Daendel unter der neuen Leitung und die Firma Sperling waren, die des öfteren zu Klagen Veranlassung gaben. Die erstere Firma wollte sich durch willkürliche Entlassungen von allem Personal willigeres verschaffen, und die Firma Sperling bemühte sich, Personal zu bekommen, das unter dem Tarif arbeitet. Im ganzen wurde das Arbeitsgericht siebenmal angerufen, davon sechsmal mit Erfolg. Der Schlichtungsausschuss wurde der Firma Meyer & Co. halber angerufen. Leider ohne Erfolg. Das graphische Kartell hatte in vier Sitzungen zu den gemeinschaftlichen Fragen Stellung genommen. Die Betriebsratswahlen wurden zusammen erledigt. Den Kassienbericht gab Kollege Klingenberg. Ihm wurde Entlassung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die Auffassung der Versammlung über die Lohnfrage kam nach einigen Ausführungen des Kollegen Töpel in der Annahme einer Resolution zum Ausdruck, die jeden Lohnabbau energig ablehnt und eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Unterbringung Erwerbsloser verlangt.

Weißen. Die Zahlstelle hielt am 27. Januar ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Den Bericht über die Lohnbewegung im Steinbrud und Buchdruck gab Kollege Täubrich, Dresden. In seinen Ausführungen ging Kollege Täubrich auch auf die Wirtschaftslage im allgemeinen ein. Nach dem allgemeinen Überblick beschäftigte sich Kollege Täubrich besonders mit der Lohnbewegung im Steinbrud. In der am 21. Januar stattgefundenen Verhandlung mit den Arbeitgebern ist es zu keinem Resultat gekommen, so daß nunmehr am 2. Februar vor dem Schlichtungsausschuss Verhandlung anberaumt ist. Kollege Täubrich ermahnte die Kollegenschaft, gewappnet zu sein, da die Unternehmenseite alles versuchen werde, ihr Ziel zu erreichen und die uns in langen Jahren erlämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen zu reduzieren. Kollege Sorge erstattete den Jahresbericht. Beranstatet wurden vier Versammlungen, davon drei mit Vorträgen. Des weiteren machten sich drei Verwaltungssitzungen notwendig. An den Kursen der Betriebsratsschule beteiligten sich vier Mitglieder, an den vom Ortsausschuss einberufenen Funktionärversammlungen nahmen neun Mitglieder teil. Sodann streifte er kurz die Arbeitslosigkeit innerhalb der Zahlstelle. Am Jahresabschluss wurden 35 Erwerbslose gezählt, die zum größten Teil schon ausgestellt sind und deshalb mit doppelter Freude die vom Verbandsvorstand und die von der Ortsverwaltung festgelegten Weihnachtsgeldunterstützungen in Empfang nahmen. Zum Schluß seiner Ausführungen gab Kollege Sorge noch einen kurzen Bericht über die Bundesbeschlüsse des DGB, in Bernau. Danach gab Kollege Nidol den Kassienbericht. Trotz der verringerten Einnahmen hat er verstanden, in umsichtiger Weise die Geldkässe der Orts- und Hauptkasse zu füllen. Die Wahlen zum Vorstand ergaben Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Es fungieren: Kollege Sorge, Vorsitzender; Kollege Nidol, Kassierer; Kollegen Fröhner und Winkler als Beisitzer und Revisoren. Unter „Beschließenes“ wurde bekanntgegeben, daß am 5. Februar jeden Freitag im Gewerkschaftsraum im Bürozimmer Sprechstunden in der Zeit von 4½ bis 6½ Uhr abgehalten werden.

Überhagen. Am 1. Februar hielten wir im Lokal Klappdoh unsere diesjährige Generalversammlung ab. Die Kollegenschaft war fast vollständig erschienen. Unter geschäftlichen Mitteilungen wurde den Mitgliedern empfohlen, bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen darauf zu drängen,

daß in jedem Arbeiterrat auch ein Hilfsarbeiter bzw. Hilfsarbeiter vertreten ist. Den Kassienbericht erstattete Kollege Meyer. Die darauffolgende Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Es wurden gewählt: Johann Briggemann zum Vorsitzenden, Buchdruckerkollege Konrad Meyer zum Kassierer, Kollegin Käthe Hillebrand zum Schriftführer und die Kolleginnen Schidewitz und Käsen zu Beisitzern. Ein vom Gauleiter Heimann (Köln) gehaltenen Vortrag über das Thema: „Was muß der graphische Hilfsarbeiter von seiner Berufsorganisation wissen?“ fand bei der aufmerksamsten Veranlassung gute Aufnahme. In der regen Aussprache wurde verschiedentlich Auskunft über tarifliche Angelegenheiten gegeben und erfreulicherweise festgestellt, daß bei den jüngsten Aufnahmen die Hilfsarbeiterhaft von Verhaußen und Sterkrade nunmehr reiflos organisiert ist. Zum Schluß der Versammlung wurde noch ein Antrag der Verwaltung angenommen, wonach der Kassierer eine Remuneration von 10 M. vierteljährlich erhält. Außerdem wurde der Ortsbeitrag für alle männlichen Kollegen neu geregelt. Noch einige Stunden kollegiales Beisammensein bildete den Abschluß der Versammlung.

Blauen i. B. Am Sonntag, dem 25. Januar, hielt die Zahlstelle Blauen ihre Jahresversammlung ab. Die wichtige Tagesordnung mit einem Vortrag unseres Gauleiters Kollegen Herrmann, Dresden, hätte einem besseren Besuch haben können. Acht Kolleginnen aus dem zwei Stunden entfernten Osnitz waren unserem Ruf gefolgt, dieses kennzeichnet unsern Vorsitzenden Kollege Kögel besonders. Der Vortrag unseres Gauleiters, der das Thema behandelte: „Offensive auf den Lohn der Arbeiter“, fand starkes Interesse. Alle Anwesenden folgten aufmerksam den Ausführungen. Der Kassienbericht zeigte, was unsere Zahlstelle leistet. Weihnachtsgeldunterstützung wurde an mehrere erwerbslose Mitglieder ausgezahlt. Der Gantag in Blauen im vergangenen Jahr war besondere Arbeit für die Zahlstelle. Nur die Mitglieder hatten nicht das nötige Interesse an unserer schweren Sache gezeigt. Punkt „Neuwahlen“ brachte folgendes Ergebnis: Unter langjähriger Vorsitzender (sie) infolge seines vorgerückten Alters aus. Kollege Herrmann dankte dem Kollegen Kögel für seine Tätigkeit. Erste Vorsitzende wurde Kollegin Fröhlich, zweite Vorsitzende Kollegin Ellinger. Als Kassierer wurde wiedergewählt Kollege Gerstner, Schriftführer Kollege Hennig. Kassierprüfer wurden die Kollegen Schneider und Friedrich. Als Vertreter für das Graphische sowie das Gewerkschaftskartell wurde Kollegin Ellinger gewählt. Im Punkte „Beschließenes“ wurde auf die Betriebsratswahlen besonders hingewiesen. Kollege Kögel brachte verschiedene aus den Geheimnissen der Nazis zur Kenntnis. Unsere bevorstehenden Lohnämpfe fordern Zusammenhalt in den alten Gewerkschaften. In diesem Sinne schloß der Vorsitzende die wichtige Versammlung.

Unserem langjährigen Vorsitzenden in der Zahlstelle Matz, dem Kollegen

Adam Müller

unsere herzlichsten Glückwünsche zur Vollendung seines

60. Lebensjahres

Gausvorstand 60. Frankfurt am Main — Hessen.

Am 27. Januar verstarb nach längerer Krankheitsdauer unser lieber Kollege, der Invalide

Karl Kölsch

im Alter von 63 Jahren.

Am 4. Februar verstarb nach kurzer Krankheitsdauer unser lieber Kollege

Feik Jülle
(Oskar Sperling)

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt den Verstorbenen

Die Mitgliedschaft Leipzig.

Am 1. Februar verstarb nach längerem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Schriftsthibler

Christian May
(früher Bauer & Co.)

im Alter von 63 Jahren.

Wir werden dem Verstorbenen, der uns ein lieber Kollege war, ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Zahlstelle Stuttgart.

Am 3. Februar verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege

Eugen Weber

im Alter von 46 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitarbeiter der Firma Maurer & Dimmig, Berlin.

Abrechnungen

In der Woche vom 2. bis 7. Februar 1931 gingen folgende Abrechnungen bei der Hauptkasse ein: Gau 4a Nürnberg, Gau 6a Leipzig, Gau 8 Berlin, Gau 9a Magdeburg, Gau 11 Bezirk Hannover, Gau 10 Hamburg und Gau 11 Danzig.

Geldsendungen kamen aus Gau 4a Nürnberg: 1385,62 M., Gau 6a Leipzig: 21983,10 M., Gau 8a Magdeburg: 681,95 M. und Gau 9 Bezirk Hannover: 1796,63 M.

Berlin, 7. Februar 1931. S. Lohoff.

Für die Woche vom 8. Februar bis 14. Februar ist die Beitragsmarke in das 7. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schülke, Charlottenburg, Meerfeldstraße 6. Fernruf: Amt Bismarck 1288. — Berlin: S. Lohoff, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckerei Gmd., Berlin SW 61, Dreißendstraße 5.